Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 22½ Ngr., durch die Post 25 Ngr. Einzelne Nr. 1 Ngr. — Auflage: 20,000 Exemplare.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein & Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Fr. Voigt in Chemnitz. — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Unterhaltung und Geschäftsverkehr.

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Julius Reichardt.

Inserate werden Marienstraße 13 angenommen bis Ab. 6 Uhr, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: große Meißnergasse 5 bis Abd. 5 Uhr. Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfg. Eingesandt die Zeile 3 Ngr.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige unbekannte Aufträge von unbekannten Firmen u. Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postvorschuß. 10 Silbergroschen kosten 1½ Ngr. Auswärtige können die Zahlung auch auf eine Dresdner Firma anweisen. Die Exp.

Nr. 59. Achtzehnter Jahrgang. Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann. Dresden, Freitag, 28. Februar 1873.

Politisches.

Reichstag und preußischer Landtag werden in Kürze neben einander tagen. Ersterer tritt am 12. März zusammen. Wie eine gedeihliche Geschäftsabwickelung möglich sein soll, ohne daß beide Körperschaften einander empfindliche Concurrenz bereiten und hemmen — das mögen die Götter wissen. Bismarck, Roon und die Reichs- und Landtagspräsidenten Simson und v. Forckenbeck wissen es nicht, wenn sie auch mit einander rathschlagen, wie Conflicte zwischen beiden Gesetzgebungs-Laboratorien zu vermeiden sind. Zu beneiden sind sicherlich nicht die außerpreußischen Reichstagsabgeordneten, die eine ungebührlich lange Zeit in Berlin aufgehalten werden. Fast möchte man wünschen, da sich die Unzuträglichkeiten des Zusammentagens beider Körperschaften so grell, so lästig herausstellen, daß solche Experimente in Zukunft von unserer Volksvertretung ferngehalten werden. Mögen dieselben aber auch durch stärkere Eindämmung der eigenen Beredsamkeit an der Verkürzung der parlamentarischen Arbeiten mitwirken! Ein seltener Zufall hat es gefügt, daß in Berlin wenige Tage nach dem Tode des Handelsrichter Elsner v. Gronow noch ein anderer Hauptbelastungszeuge gegen Wagener, der Secretär der Commission für Handelssachen, gestorben ist. Er erlag einem längeren Brustleiden. In Berlin war neulich einiger Verdacht, als solle mit der Eisenbahnuntersuchungscommission einige Muschelei getrieben werden, als nicht nur E. v. G. starb, sondern fast gleichzeitig auch das Lagerhaus, in dem die Acten des Handelsministeriums aufbewahrt werden, von einer Feuersbrunst heimgesucht wurde. Doch ist kein einziges Actenstück verloren gegangen. Die Journalistenwelt Berlins bedauert, daß nicht auch die Acten der Preßdeputation, welche in selbigem Lagerhause aufbewahrt werden, von dem gefräßigen Elemente erfaßt wurden. Die Freude innerhalb der Berliner Journalistik wäre nicht klein gewesen, wenn unter den von der Staatsanwaltschaft angestrengten Preßprocessen das feurige Element etwas aufgeräumt hätte. — Die russisch-preußische Commission, welche aus Anlaß der von russischen Soldaten begangenen Grenzverletzung zusammengetreten war, hat einen sehr befriedigenden Verlauf genommen. Gegen ihre sonstige Gewohnheit gaben die Russen zu, daß die Ihrigen Uebergriffe auf preußischem Boden ausgeübt, preußisches Eigenthum beschädigt, einen preußischen Grubenbeamten nicht unerheblich verletzt haben. Es wurde vollkommene Genugthuung in Aussicht gestellt und die Verhütung der Wiederkehr ähnlicher Grenzfrevel versprochen.

Dem Reichstag wird ein Gesetzentwurf wegen Verwendung von 106 Millionen aus dem Betrage der Kriegsentschädigung für Retablissementskosten des Reichsheeres vorgelegt werden. — Die in diesem Jahre stattfindenden militärischen Uebungen sollen am 15. September beendigt sein. Uebungen der Landwehr finden nicht statt. Mannschaften der Reserve sind bei der Infanterie, den Jägern und Schützen zu den Uebungen nicht einzuberufen.

Der frühere Genfer Pfarrer Mermillod hält sich nach seiner Ausweisung in dem nahe der Schweizer Grenze gelegenen, den durch Voltaire berühmt gewordenen Flecken Ferney auf. Dorthin wallfahrten seine Anhänger zu Fuß, zu Roß, zu Wagen; viele schöne Damenhände sticken in Genf für den Verstoßenen Sammtpantoffeln, mancher katholische Weinhändler und Pastetenbäcker steuert zu „dem kärglichen Brote seines Exils" zu. Nachdem aber jetzt in Ferney eine von Schweizern und Franzosen besuchte, ca. 4000 Menschen fassende Volksversammlung stattgefunden hat, in der Proteste gegen seine Ausweisung erhoben wurden und Mermillod selbst doppelzüngig Frieden predigte und zum Aufruhr läutete, was durch Hochrufe auf die Glaubensfreiheit, das Schweizer Vaterland und die französische Gastfreundschaft schlecht bemäntelt wurde, rührt man sich in Genf und wird gegen diese ultramontanen Kundgebungen beim Bundesrathe und beim Genfer Staatsrath Protest erheben. Doch verhehlen wir es uns nicht: die ultramontane Bewegung in der Schweiz ist im Wachsen. Die Altkatholiken sind viel zu sehr in der Minderheit und die Masse des Volks steht fest hinter ihren jesuitischen Sturmblöcken. Sind es in Olten nicht die Männer, so sind es um so eifriger die Weiber. Während 291 Oltener Katholiken gegen Lachat Partei ergriffen, thaten es für Lachat 466 Oltenerinnen. Die Gardinenpredigten!

Derjenige, welcher Thiers zu der günstigen Position verholfen hat, in der er sich jetzt befindet, war Niemand anders als der Graf von Chambord und der durch ihn bewirkte Bruch der beiden Bourbonenlinien. Unmöglich konnten die Prinzen von Orleans sich einem „Boy" unterwerfen, der sich einzig auf dem Boden des Syllabus stellt und der, wenn er auf den Thron Frankreichs käme, nur der Statthalter des Papstes sein will. Damit ist die letzte Hoffnung der Verschmelzung verschwunden, die Lage ist geklärt: es bleiben nur noch die republikanische oder bonapartistische Regierungsform, wie ein Imperialistenblatt frohlockt. Die Orleanisten gedenken, in Erwartung besserer Tage, die konservative Republik von Thiers zu stützen.

Der Carneval in Madrid ist ohne Ruhestörungen vorübergegangen, ein immerhin günstiges Zeichen; denn in den Provinzen wühlen die Sozialisten unverdrossen weiter. Sie sehen den Pariser Communarden ähnlich, „wie eine Petroleumflamme der andern". In Spanien sind namentlich die Anhänger Bakunin's weit verbreitet, denen die Internationale, in der wir Marcks, Engels, hervorragende Pariser Communehelden, Liebknecht und Bebel sehen, immer noch als ein reaktionäres Bourgeois-Bündniß gilt. Mag Spanien vor dem allerschlimmsten bewahrt werden! Die Republik wäre für Spanien diejenige Staatsform, in welcher sich Bürgertugend und Vaterlandsliebe die Hände reichen könnten, um allgemach eine schönere Zukunft dem unglücklichen Lande heraufzuführen. So fürchten wir aber, werden die bürgerlichen Republikaner: in die Mitte genommen von den Bakuninisten und den Carlisten, dessen Name: Carlos Maria de los Dolores Johann Isidor Josephus Franciscus Anirinus Antonio Miguel Gabriel Rafael allein ein finsteres religiöses Programm ist, nur das Chaos schaffen, bis alle Spanier, die noch etwas zu verlieren haben, in dem Säbel eines kühnen Soldaten das rettende Symbol sehen.

Locales und Sächsisches.

— Der Gerichtsschöppe Bobick in Schmeckwitz hat die zum Verdienstorden gehörige Medaille in Silber erhalten.

— Landtag. Nachdem die 2. Kammer auf das Referat des Dr. Pfeiffer die Regierung ermächtigt hatte, den Zeitpunkt zu bestimmen, zu welchem das Gesetz wegen Bildung von Bezirksvertretungen in Kraft treten sollte, bewilligte sie nach längerer Debatte gegen 4 Stimmen auf Grund des Starke'schen Berichts 5,150,000 Thlr. für den Bau einer Eisenbahn Kriippen-Schandau-Sebnitz-Bautzen und stimmte auch den sonstigen, gestern bereits mitgetheilten Anträgen der Deputation bei, lehnte jedoch mit 38 Stimmen ab, den Kostenaufwand für eine zweite Elbbrücke bei Schandau für den Straßenverkehr in das künftige Budget aufzunehmen. Offenbar wollte die Kammer hierin nicht ihrer Nachfolgerin die Hände binden und sie sprach sich damit nicht gegen diese Straßenbrücke selbst aus. Aus der Debatte seien nur folgende Punkte hervorgehoben: Eine besonders kitzliche Stellung hatte in der ganzen Eisenbahnfrage Abg. Schreck. Derselbe war früher von der böhmischen Nordbahn beauftragt gewesen, für den Bau dieser Bahn durch die Nordbahn als deren Bevollmächtigter zu wirken. Seitdem aber der Staat diese Bahn selbst bauen wollte, hatten ihn die betheiligten Städte gebeten, sich für den Bau auf Staatskosten auszusprechen. Er that dies auch, nicht ohne einige spöttische Seitenblicke auf die Regierung, die erst gegen diesen Bau auf Staatskosten gewesen und nun dafür sei. Der Finanzminister v. Friesen erwiderte, daß Schreck keinen Grund gehabt habe, sich beleidigt zu fühlen, daß ihn das königl. Dekret als Vertreter der Nordbahn namhaft gemacht habe, da Schreck ganz loyal angezeigt habe, daß er in dieser Eigenschaft fungire. Ein Antrag Oehmichens: das Dekret abzulehnen, dafür aber auf Staatskosten eine eingeleisige Bahn von Kriippen nach Sebnitz so zu bauen, daß eine Fortführung sowohl nach Bautzen als nach Schluckenau möglich sei, wurde von ihm selbst zurückgezogen, nachdem der Finanzminister erklärt, daß im Fall der Annahme dieses Antrags die Regierung das ganze Dekret zurückziehen müßte. Bekämpft wurde dieser Antrag Oehmichens durch Walter, Petri und May, die lebhaft für die Regierungsforderung eintraten, in dem Oehmichen'schen Antrage nur eine Hintertreibung des Bahnbaus und zum Theil eine Beförderung der Pläne der böhmischen Nordbahn sahen. In den Anspielungen hierauf erblickte Oehmichen eine Brandmarkung seines guten Namens; wer ihm unterlege, daß er die Interessen einer fremden Bahngesellschaft fördern wolle, während er auf sein Ehrenwort versichern könne, daß er niemals mit ihr in irgend einer Beziehung gestanden, der verdächtige ihn. Der Präs. Dr. Schaffrath hielt es nicht für parlamentarisch, zu sagen, daß ein Abgeordneter den Namen eines andern brandmarke. May beeilte sich, hinzuzufügen, daß er niemals daran gedacht habe, Oehmichen's ehrenwerthen Namen zu schädigen. Walter sprach sich besonders scharf dagegen aus, daß eine österreichische Bahn in Sachsen eine Bahn baue und betreibe. Jordan entschloß sich nur sehr schwer, die Bahn zu bewilligen, da sie unrentabel sei. Der Finanzminister gab dies für die erste Zeit zu, sprach aber unter Bravo den volkswirthschaftlich richtigen Grundsatz aus, daß es Pflicht des Staats sei, nicht blos die Ueberschüsse von rentablen Staatsbahnen in die Tasche zu stecken, sondern auch den Gegenden, die zur Zeit noch nicht eine Bahn rentabel machen können, durch einen Staatsbahnbau in die Lage zu bringen, die Voraussetzungen zu ihrer volkswirthschaftlichen Hebung zu geben. Was die Nordbahn anlangt, so wird diese nun Concession zum Bau der Bahn Schluckenau-Sohland erhalten. — Ueber den Rest der Sitzung berichten wir später.

— Ganz unerwartet schlägt die betr. Deputation der 1. Kammer durch den Referenten Graf Hohenthal vor, das königl. Decret abzulehnen, durch welches mehrere Bestimmungen der Verfassungsurkunde abgeändert, so z. B. der 2. Kammer die Wahl ihrer Präsidenten, der 1. die Wahl des Vicepräsidenten, jeder Kammer das Recht des Erlasses einer Adresse an den König gegeben werden sollte. Die Deputation führt aus, daß es nicht rathsam sei, an der Stetigkeit der Verfassungsurkunde zu rütteln, außerdem sei es ja doch unmöglich, in der kurzen Zeit, da der Landtag noch beisammen sei, die Landtagsordnung, die mit jenem Decrete zusammenhängt, zu berathen. Trotzdem daß der Minister des Innern der Deputation die Unräthlichkeit ihres Widerstandes gegen die von der Krone vorgeschlagenen Fortschritte vorgeführt hat, ist sie bei ihrer schroffen, principiellen Ablehnung stehen geblieben. Seltsam, ja fast unbegreiflich ist es, daß die 1. Kammer königlicher als der König sein will, und gerade zu räthselhaft wird, nach den sonstigen Beweisen von Entgegenkommen, welche die 1. Kammer im Laufe des Landtags wiederholt gegeben hat, diese Haltung in einem Augenblicke, wo von der äußersten Linken der Ruf erhoben wird: Fort mit der ersten Kammer. Wenn sich der König aus freien Stücken entschließt, Vorrechte, wie die Auswahl unter den vorgeschlagenen Präsidenten der 2. Kammer, aufzugeben, so ist die Position der 1. Kammer, die diese königliche Gabe nicht zulassen will, so unglücklich als möglich gewählt.

— Der die erstere Forderung des Justizministers für Justizneubauten in Dresden förmlich zergliedernde Bericht des Dr. Rentzsch hat eine energische Wirkung ausgeübt. Mit großer Schnelligkeit — Simson's Präsidentenglocke summt bereits in ihren ersten Schwingungen von Berlin herüber — hat der Justizminister ein neues königl. Decret ausgewirkt, welches eine andere Berechnung für die Justizneubauten aufstellt. Dieselbe beziffert sich jetzt auf 660,000 Thlr., nämlich 400,000 Thlr. Baukosten, 190,000 Thlr. Kaufpreis für mehrere Häuser auf der Landhausstraße und der kleinen Schießgasse, und 70,000 Thlr. Mehrbetrag der Baukosten für ein Arresthaus. Nicht hinzugerechnet hierbei ist der Werth des fiscalischen Areals an Zeughauscaserne, den jetzigen Gerichtsgebäuden auf der Landhausstraße und dem Kuffenhause, endlich der Betrag der inneren Einrichtungskosten, welche die Regierung immer noch, wenn auch mit dem Zweifel, ob sie langen, zu 30,000 Thlr. veranschlagt. Daher beantragt die Regierung die nachträgliche Genehmigung zum Ankauf der bisher erworbenen Grundstücke, Bewilligung von 190,000 Thlr. zu den bereits bewilligten 500,000 Thlr. und endlich Genehmigung des Ankaufs von Nr. 10 der Landhausstraße zu angemessenem Preise. Würde man die Justizneubauten auf dem Rampeschen Holzhofe errichten, so würde der Aufwand noch höher werden, da dort das Gebäude 4 Fronten erhalten und das Arresthaus völlig neugebaut werden müßte, während auf dem Areal zwischen Landhausstraße und kleine Schießgasse nur 3 Fronten erforderlich und das alte Arresthaus und bedeutendes Baumaterial verwendbar ist. Die Kammer wird die finanzielle Berechtigung der Ziffern prüfen; wir wollen hier nur im Interesse des rechtsuchenden Publikums ein Wort für die dem Justizminister getroffene Wahl des Ortes und gegen den Holzhof einlegen, für den sich, wie es heißt, ein Abgeordneter aus Dresden seltsamer Weise begeistert. Gerichtsgebäude gehören in die Stadt, nicht in die Vorstadt. Der Holzhof ist mindestens 10 Minuten weiter als die Schießgasse. 10 Minuten sind für den Einzelnen nicht viel, doch schon der Rückweg kostet weitere 10 Minuten und wenn man bedenkt, daß täglich viele Hunderte von Menschen 20 Minuten verlaufen sollen, so kommt ein ganz beträchtlicher Zeitverlust heraus, der sich bald auf Jahre berechnet. Nicht das Interesse der Advocaten erheischt nahe Gerichtsgebäude, sondern das des Publikums. Liegen sie auf dem Holzhofe, so werden beschäftigte Advocaten oft Droschken nehmen müssen, die sie ihren Clienten berechnen und somit die Rechtspflege vertheuern, oder sie werden sich eher an den Terminen versäumen. Wir hoffen bestimmt, daß die Kammer nicht den Weg nach dem Holzhofe gehen wird.

— Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten den 26. Febr. Herr Schirmfabrikant Teuchert soll als ständiger Ersatzmann einberufen werden. Stadtverordnete, welche einer Commandit- oder Actien-Gesellschaft als Director, Vorstand, Aufsichts- oder Verwaltungsrath angehören, sollen bei bezüglichen Angelegenheiten von der Abstimmung ausgeschlossen werden. — Der Stadtrath wird um thunlichste Beschleunigung der Vorarbeiten zur Erbauung einer steinernen Brücke über die Priesnitz, in der Verlängerung der Marktgasse über die Forststraße ersucht. — Wie unsäglich, wie zeitraubend hier und da der geschäftliche Verkehr zwischen den Stadtverordneten und dem Stadtrath ist, wie viel oft über eine ganz einfache Sache geschrieben und debattirt werden muß, sehen wir beispielsweise an der Angelegenheit der Schutzrechen am Weißeritzgraben, über welche wir schon im vorletzten Bericht Mittheilung machten. Der an sich sehr gute Antrag der Herren Waldmann und Wolffram ward erst in ziemlich umständlicher Debatte behandelt, der Stadtrath nahm davon aus dem Protocoll der Stadtverordneten Kenntniß, und saß darüber „berathend", dann gelangt das Protocoll des Stadtraths wieder an die Stadtverordneten, und heute kommt die Sache nochmals im Stadtverordnetensaale zum Vortrag und zur Debatte. Die Sache ist so selbstredend und könnte sicherlich viel einfacher zum Ziele geführt werden. Der Rath hat mitgetheilt, daß nach von ihm geschehener Anfrage beim Stadtbauamt die beantragten Rechen nur auf Veranlassung des k. Weißeritzmühlgrabenaufsehers, um den Durchzug etwaigen Eises nicht zu hindern, seit einiger Zeit hinweggenommen worden, jetzt aber wieder vorhanden seien. Jetzt sind nun aber die Rechen wieder zu weit und würden einen Menschen ganz wohl durchlassen. Auch heute wird wieder sehr lange darüber debattirt und beschlossen, im Weißeritzmühlgraben an der Annenstraße und allen überwölbten Tracten Schutzrechen anzubringen, die nach Art der Wasserschützen beweglich sind, sowie durch höhere und dichtere Einplankung der noch nicht überwölbten Strecken möglichen Unglücksfällen vorzubeugen. — Zu Verlegung der städt. Arbeitsanstalt wird heute beschlossen, den Stadtrath zu ermächtigen, das zwischen der von Dresden nach dem Heller führenden Straße, den Wirthschaftsstreifen H und der Schneuße 24 belegene fiscalische Areal um den Preis von 3000 Thlr. pro Hectar, sowie den auf diesem